

# VERWALTUNGSVEREINBARUNG

Zwischen

dem

**Landesamt für Finanzen  
Rheinland-Pfalz**

vertreten durch den Präsidenten

(nachfolgend als **LfF** bezeichnet)

und

dem

**Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz**

vertreten durch den Geschäftsführer



wird folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die Vereinbarung ersetzt mit Wirkung zum 01.07.2018 die zwischen den Parteien bestehende Verwaltungsvereinbarung vom 15.12.2003 vollständig und einschließlich aller Nachtrags- und Ergänzungsvereinbarungen. Ab dem vorgenannten Tag der Wirkung gilt somit ausschließlich die vorliegende Vereinbarung.
2. Der Landesbetrieb Mobilität überträgt die mit der Besoldung, der Versorgung, dem Entgelt, der Beihilfe und den Reisekosten der Beschäftigten des Landesbetrieb Mobilität zusammenhängenden Aufgaben in dem Umfang, wie sie in der Landesverordnung über die Zuständigkeiten des Landesamt für Finanzen (LfF - Zuständigkeitsverordnung) vom 22.05.1985 (GVBl. 1985, S. 141 ff) in Verbindung mit dem Gemeinsamen Rundschreiben der Staatskanzlei, der Ministerien und des Rechnungshofs vom 22.05.1985 (MdF O 1750 A - 418 - 11.971/82) über den Vollzug der LfF – Zuständigkeitsverordnung [sowie in der Beihilfen – Zuständigkeitsverordnung vom 31.01.2002] in der jeweils gültigen Fassung niedergelegt sind, auf das **LfF**.

3. Der Landesbetrieb Mobilität erstattet dem **LfF** monatlich unverzüglich nach Anforderung die durch das **LfF** vorschussweise für Rechnung des Landesbetrieb Mobilität getätigten Zahlungen.
4. Der Landesbetrieb Mobilität erstattet dem **LfF** die mit der Durchführung der Aufgaben aus Ziffer 2 entstehenden Kosten. Die Höhe der Kosten wird jährlich neu ermittelt und monatlich zur Erstattung angefordert. Dabei werden die Zahlfälle des Landesbetrieb Mobilität zugrunde gelegt, für die das **LfF** für den jeweiligen Monat Vergütungen gezahlt hat. Die Kosten für die Bearbeitung der Beihilfe werden halbjährlich nach erteilten Bescheiden separat in Rechnung gestellt.

Für die Tätigkeiten im Zusammenhang mit Reise-, Umzugskosten- und Trennungsgeldangelegenheiten erstattet der Landesbetrieb Mobilität dem **LfF** monatlich nachträglich die entstandenen Verwaltungskosten. Die Verwaltungskosten werden ab Beginn des Jahres 2019 auf der Grundlage der durchgeführten Reisen abgerechnet. Für das Jahr Kalenderjahr 2018 wird im gegenseitigen Einvernehmen eine gesonderte Abrechnung gefertigt. Die Höhe der Kosten (Kostensatz pro Reise) wird vom **LfF** jährlich auf Grundlage der Kosten- und Leistungsrechnung neu ermittelt und ggf. angepasst.

5. Die Vertragsparteien gehen derzeit davon aus, dass eine Umsatzsteuerpflicht der Leistungen des **LfF** im Rahmen dieser Verwaltungsvereinbarung nicht besteht. Sollten die Leistungen des **LfF** eine Umsatzsteuerpflicht begründen, wird das **LfF** die Umsatzsteuer in der jeweils geltenden Höhe nachberechnen und dem Landesbetrieb Mobilität in Rechnung stellen. Der Landesbetrieb Mobilität erstattet dem **LfF** im Falle einer Umsatzsteuerpflicht die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer unverzüglich nach Aufforderung durch das **LfF**.
6. Der Landesbetrieb Mobilität übermittelt dem **LfF** alle Informationen und Daten, die zur Erfüllung der nach Ziffer 2 übertragenen Aufgaben erforderlich sind. Soweit von dem Landesbetrieb Mobilität Daten benötigt werden, werden diese vom **LfF** zur Verfügung gestellt. Das **LfF** bestimmt jeweils die Art und Weise der Übermittlung und des Übermittlungsverfahrens.
7. Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsabschluss werden, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon unberührt. Dies gilt auch für den Fall, dass sich die Vereinbarung als lückenhaft erweist. Die Parteien sind sich darüber einig, dass statt der unwirksamen Bestimmung die wirksame Regelung als vereinbart gilt, die dem wirtschaftlich Gewollten der unwirksamen Bestimmung am

nächsten kommt. Entsprechendes gilt, wenn sich in der Vereinbarung eine Lücke zeigt.

8. Mündliche Abreden oder Nebenabreden zu dieser Vereinbarung wurden nicht getroffen. Sofern Nebenabreden getroffen werden, sind diese stets schriftlich zu fassen.
9. Diese Verwaltungsvereinbarung tritt am 01.07.2018 in Kraft und gilt auf unbestimmte Zeit. Die Verwaltungsvereinbarung kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Die Kündigung bedarf der Schriftform.
10. Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

Beide Parteien haben je ein von beiden Seiten im Original unterzeichnetes Exemplar dieser 3-seitigen Vereinbarung erhalten.

Koblenz, den 23. 07. 18  
Landesbetrieb Mobilität RLP

Koblenz, den 16.07.2018  
Landesamt für Finanzen